

+++ Information +++

27.08.2021

Einkommensrunde 2021 für die Beschäftigten der Länder beginnt! Dbb fordert 5% mindestens aber 150 Euro monatliche Einkommenserhöhung und zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten !

Am 08. Oktober 2021 beginnen in Berlin die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) mit der ersten Verhandlungsrunde. Von den Verhandlungen sind Beschäftigte der Bundesländer (außer Hessen, das eigene Verhandlungen führt) direkt und indirekt auch die Beamten der entsprechenden Länder und Kommunen betroffen. Die weiteren Verhandlungsrunden sind für den 1./2. November und 27./28. November 2021 vorgesehen. Am 26. August 2021 sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in Berlin: „In den vergangenen Monaten wurde uns erneut vor Augen geführt: Ein personell auf Kante genährter und schlecht ausgerüsteter öffentlicher Dienst kann verheerende Folgen haben. Ohne eine gut aufgestellte Verwaltung bleibt jede Gesetzgebung nur Stückwerk – ob bei Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder einem der vielen anderen Politikfelder. Deshalb muss jetzt investiert werden, auch und gerade in die Bezahlung. Nicht nur, um die zahllosen offenen Stellen zu besetzen, um Nachwuchs- und Fachkräfte zu werben. Sondern auch, um den Kolleginnen und Kollegen, die dieses Land allen Widrigkeiten zum Trotz am Laufen halten, die verdiente Wertschätzung zu zeigen.“ Silberbach begründete die Forderungen des dbb wie folgt: „Zweierlei zeichnet unsere Forderungen zur Einkommensrunde mit den Ländern aus: 1. Unsere Forderungen helfen dabei, einem leistungsstarken Pfeiler unseres Staates die nötige Wertschätzung in schwieriger Zeit zukommen zu lassen. Ohne uns wäre das Land bisher nicht so gut durch die Pandemie gekommen. Vor diesem Hintergrund sind 5 % mehr absolut realistisch. **Die Tarifpolitik der Länder darf nicht länger der Wurmfortsatz ihrer Haushaltspolitik sein.** 2. Außerdem können diese Forderungen ein Beitrag sein, den öffentlichen Dienst endlich wieder attraktiv für den Nachwuchs zu gestalten. Wer wollte, konnte schon vor Pandemie und Naturkatastrophe sehen, dass es an allen Ecken und Enden an Fachpersonal fehlt. Schließlich sind Bildungskatastrophe und Pflegenotstand keine Naturkatastrophen, sondern seit Jahren von Menschenhand gemacht.“ In Richtung der Bundesländer machte er deutlich, dass der dbb nach Ende der Tarifrunde eine zügige Übernahme des Tarifabschlusses für die Landes- und Kommunalbeamten erwartet, zeitgleich und systemgerecht! „Die Länder sollten darauf verzichten, bei der Übertragung auf Zeit zu spielen. Frühe und verbindliche Zusagen sind auch ein Zeichen von Wertschätzung. In zu vielen Bundesländern müssen wir mittlerweile die Gerichte bemühen, um eine verfassungskonforme Besoldung durchzusetzen. Das ist ein Armutszeugnis für die betroffenen Landesregierungen. Ich erwarte daher, dass das Volumen des hoffentlich zügig erzielten Tarifabschlusses unverzüglich systemgerecht auf den Bereich der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen übertragen wird.“



Wir erwarten schwierige Verhandlungen und werden weiter am Ball bleiben und Euch/Sie auf dem Laufenden halten!

Der Landesvorstand

Mitglied werden, jetzt! Der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) vertritt als einzige Fachgewerkschaft im Justizvollzug mit nahezu 25.000 Mitgliedern bundesweit die Interessen der Beschäftigten im Justizvollzug. Wir kämpfen für unsere speziellen Interessen - Spezialität ist unsere Stärke, wir wissen, wovon wir reden. Eine Mitgliedschaft im BSBD schließt für einen geringen Mitgliedsbeitrag von 7,00 Euro neben vielen anderen Leistungen (Rechtsschutz, Diensthaftpflicht- und Unfallversicherung) die Mitgliedschaft im dbb (Deutscher Beamtenbund) und tbb (Thüringer Beamtenbund) ein. Für Anwärter ist das erste Jahr der Mitgliedschaft beitragsfrei. Dabei sein, Mitarbeiten, Mitbestimmen – für die Entwicklung unseres Verbandes, des Justizvollzuges und vor allem zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten im Justizvollzug.

